

Einsparungen bei Lebenshilfe und Caritas: So geht es weiter in Vorarlberg!

Soziallandesrätin Rüscher erläutert notwendige Einsparungen bei Lebenshilfe und Caritas aufgrund finanzieller Engpässe im Sozialfonds.

Vorarlberg, Österreich - Die finanzielle Situation im Sozialbereich in Vorarlberg ist angespannt. Soziallandesrätin Martina Rüscher informiert, dass Einsparungen bei der Lebenshilfe und Caritas unumgänglich geworden sind. Die Hauptursache für den finanziellen Druck ist ein Anstieg des Finanzierungsbedarfs des Sozialfonds um 30 Prozent seit 2019, was für das Jahr 2024 zusätzlich über 100 Millionen Euro bedeutet. Diese Kostensteigerungen sind in erster Linie auf stark steigende Personalkosten sowie die Belastungen durch verschiedene Krisen, darunter die COVID-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg, sowie die allgemeine Teuerung zurückzuführen.

Rüscher betont, dass die Einsparungen ausschließlich im nicht-stationären Bereich von sieben Trägern stattfinden, zu denen auch Lebenshilfe und Caritas zählen. Für die betroffenen Organisationen wurde eine Bewilligung von 92 bis 94 Prozent des geschätzten Bedarfs in Aussicht gestellt. Um die Situation zu verbessern, wurden bereits Einzelgespräche mit allen betroffenen Einrichtungen geführt. Rüscher erklärt, dass die Entscheidung, Einsparungen vorzunehmen, nicht leicht gefallen sei, besonders in einem so sensiblen Bereich, der die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen betrifft.

Einsparmaßnahmen und ihre Auswirkungen

Die Lebenshilfe Vorarlberg sieht sich gezwungen, Einsparungen in Höhe von 1,7 Millionen Euro vorzunehmen. Die geplanten Maßnahmen umfassen die Zusammenlegung von Werkstätten, die Schließung von Kantinen und die Streichung freiwilliger Leistungen. Auch die Caritas wird von den Einschnitten betroffen sein und plant zusätzliche Schließtage in mehreren Regionen. Diese Maßnahmen betreffen nicht nur Werkstätten, sondern auch Tagesstrukturen von betroffenen Personen.

Die politische Reaktion auf die Einsparungen ist gemischt, wobei insbesondere die SPÖ-Landtagsabgeordnete Manuela Auer scharfe Kritik übt. Sie sieht diese Einsparungen als Rückschritt bei der Inklusion und warnt vor den negativen Konsequenzen für die betroffenen Menschen.

Langfristige Perspektiven

Um der angespannten finanziellen Situation langfristig entgegenzuwirken, wird ein Strukturprozess des Sozialfonds parallel zur Budgetdisziplin durchgeführt. Ziel ist es, die bisherigen Angebote zu analysieren und mögliche Synergien zu nutzen. Zudem verfolgt die Landesregierung die Entwicklung eines eigenen Vorarlberger Aktionsplans Behinderung, der sich an dem Nationalen Aktionsplan des Bundes orientiert.

Über diese Entwicklungen hinaus hat die Bundesregierung in Deutschland den Sozialbericht 2021 veröffentlicht, der umfassende Informationen über sozialstaatliche Leistungen sowie Reformen in der 19. Legislaturperiode enthält. Dieser Bericht dokumentiert nicht nur die Maßnahmen und Vorhaben der Gesellschafts- und Sozialpolitik, sondern bietet auch Einblicke in die Einnahmen und Ausgaben der sozialen Sicherung in Deutschland. Diese Informationen könnten im Kontext der vorarlberger Entwicklungen von Bedeutung sein, um die Herausforderungen im Sozialbereich besser zu verstehen und Lösungsansätze zu finden. **BMAS** unterstreicht die Wichtigkeit der kontinuierlichen Sozialberichterstattung, die auch einen Ausblick auf die mittelfristige Entwicklung der

Sozialleistungen bietet.

Insgesamt bleibt abzuwarten, wie sich die aktuelle Situation im Sozialbereich weiterentwickeln wird und welche Maßnahmen künftig ergriffen werden, um die Unterstützung bedürftiger Gruppen zu sichern. **VOL** berichtet, dass die Landesregierung Alternativen zu Einsparungen intensiv geprüft hat, um eine angemessene Versorgung der betroffenen Personen aufrechtzuerhalten.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Personalkosten, Krisen
Ort	Vorarlberg, Österreich
Quellen	• www.vol.at • www.bmas.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at